

Niederschrift
über die 01. Sitzung der Stadtvertretung am 16.02.06
im Stadthaus, Wasserkrüger Weg 16

-Öffentliche Sitzung-

Beginn: 19.02 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Beratungspunkte:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 05. Sitzung der Stadtvertretung am 15. Dezember 2005
5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
6. Mitteilungen der Bürgervorsteherin
7. Mitteilungen des Bürgermeisters
8. Verwaltungsstrukturreform
9. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2005
10. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers
11. Widmung von Straßen;
hier: Straßen im Gebiet der Bebauungspläne Nr. 75, 77, 80, 79 und 76
(=Mölln-Nord) wie auch im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 67
12. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mölln für das gesamte Stadtgebiet;
hier: Teilversagung der Genehmigung
13. Behandlung der Anträge der Fraktionen
a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2006;
hier: Fußgängerzone
14. Anfragen und Eingaben
15. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
16. DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH
17. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse
18. Schließung der Sitzung

Anwesenheitsliste:

A) Stadtvertretung :

CDU-Fraktion:

Ratsherr Hans-Hermann Albrecht – *fehlt*-
Ratsherrin Christiane Gehrman
Ratsherr Horst Gloyer
Ratsherrin Anneliese Henning
Ratsherr Claus Jahnke
Ratsherr Horst Kühl
Ratsherr Gerd Kühme
Ratsherr Michael Kroll
Ratsherr Ulrich Leppek
Erster Senator Sven Michelsen
Bürgervorsteherin Lieselotte Nagel – *Vorsitzende*-
Ratsherrin Jutta Schlage
Ratsherr Bernd Schierstaedt
Ratsherr Jörg Steffen
Ratsherr Kay-Friedrich Voß

SPD-Fraktion:

Ratsherr Matthias Brötzmann
Ratsherr Ronny Dechow
Ratsherrin Sylvia Richter
Ratsherrin Dagmar Rossow
Ratsherr Uwe Schlegel
Ratsherrin Kirsten Patzke
Ratsherr Peter Zdarsky

FMW-Fraktion:

Ratsherr Joachim Gronninger
Ratsherr Dieter Kamke
Ratsherr Horst Reichgardt
Ratsherr Hans Reis

FDP-Fraktion:

Ratsherr Ralf Hinze
Ratsherr Dieter Ruhland

Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Dr.Konstantin von Notz
Ratsherrin Regina Hälsig

B) Von der Verwaltung:

Bürgermeister Engelmann
Gleichstellungsbeauftr.Frau Kaack
Herr Kohlrus
Herr Piron
Herr Wendland
Herr Pröve
Herr Thun
Herr Kuhmann

Protokollführerin:

Elke Spuler

Ausschließungsgründe gem. § 22 GO lagen vor für:

./.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteherin Frau Nagel eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Besonders begrüßt werden die Vertreter der Presse sowie der Freiwilligen Feuerwehr Mölln und der Jugendfeuerwehr Mölln.

2. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

3. Anträge zur Tagesordnung

liegen nicht vor.

Es gilt damit die Tagesordnung v. 02.02.06.

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 05. Sitzung der Stadtvertretung am 15. Dezember 2005

Einwendungen werden nicht erhoben.

5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse

Auf den schriftlich vorliegenden Bericht v. 07.02.06 wird verwiesen.

Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

Auf eine ergänzende Frage von Ratsherrn Ruhland nach dem weiteren Verfahren im Bereich *Immenstelle* (Ifd.Nr. 127) aufgrund des jetzt erzielten Vergleichs erklärt Bauamtsleiter Kuhmann, dass die Entwicklung in diesem Bereich wesentlich davon abhängen wird, in welcher Höhe Haushaltsmittel im Jahre 2007 bereitgestellt werden.

6. Mitteilungen der Bürgervorsteherin

Bürgervorsteherin Nagel übermittelt die obligatorischen Geburtstagsglückwünsche an die Stadtvertreterinnen u. Stadtvertreter.

7. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mit Vorlage v. 09.02.06 werden vorgelegt:

7.1 IV. Tätigkeitsbericht 2005 der Gleichstellungsbeauftragten v.04.02.06

7.2 Bericht des Kämmereramtes v. 03.02.06 über Zusammenstellung der gem. Haushaltssatzung/Hauptsatzung vom Bürgermeister/Kämmerer genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben/HJ 2005

Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

Ergänzende Fragen werden nicht gestellt.

8. Verwaltungsstrukturreform

Die Vorlage vom 02.02.06 wird von Bürgermeister Engelmann mit ergänzenden Erläuterungen zum derzeitigen Sachstand eingebracht.

In der anschließenden kurzen Erörterung machen die Vorsitzenden der CDU-, SPD-, FMW- u. FDP-Fraktion mit kurzen Anmerkungen ihre Auffassung deutlich; es wird übereinstimmend Zustimmung signalisiert. Zum Ausdruck gebracht wird dabei ein Dankeschön an den Bürgermeister sowie auch an den Büroleitenden Beamten für die gute Verhandlungsführung der vergangenen Monate.

Auf eine ergänzende Frage von Ratsherrn Ruhland nach dem vorgesehenen Zeitplan erklärt Bürgermeister Engelmann, dass es einvernehmliches Ziel ist, die geplante *Verwaltungsgemeinschaft zum 01.01.2007 in Betrieb zu nehmen*. Dabei ist man sich aber darüber im Klaren, dass es noch Punkte gibt, die einer näheren Prüfung und Abstimmung bedürfen, so z.B. auch im Hinblick auf die technische Ausrüstung (unterschiedliche Software).

Nach Darlegung der Meinungen fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt,

- a) eine Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ mit dem um die Gemeinden *Grambek* und *Lehmrade* erweiterten *Amt Breitenfelde* einzugehen.
- b) den Bürgermeister zu beauftragen, die Verhandlungen zur Gründung einer *Verwaltungsgemeinschaft* zügig voranzubringen und den Hauptausschuss über den aktuellen Verhandlungsstand laufend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

9. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2005

Die Vorlage des Kämmereiamtes v. 07.02.06 wird vom Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ratsherrn Schlegel, mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht.

Nach einem kurzen Wortbeitrag von Erstem Senator Michelsen fasst die Stadtvertretung unter Hinweis auf die o.a. Vorlage folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung genehmigt für das Haushaltsjahr 2005 die überplanmäßigen Ausgaben im

- Verwaltungshaushalt in Höhe von 140.500 € und im
- Vermögenshaushalt in Höhe von 37.500 €

gem. der der o.e. Vorlage beiliegenden Zusammenstellung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

10. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers
gem. § 11 Brandschutzgesetz

Die Vorlage der Ordnungsabteilung v. 10.02.06 wird von Bürgermeister Engelmann mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht. Er berichtet, dass drei Wahlvorschläge vorlagen und nach dem vorgeschriebenen Verfahren in der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Mölln am 10.02.2006 der *Oberbrandmeister Sven Stonies* im 1. Wahlgang gewählt worden ist.

Gem. § 11 Abs. 3 Brandschutzgesetz bedarf die Wahl der Zustimmung des Trägers der Feuerwehr. Die Stadtvertretung fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt der Wahl des

Oberbrandmeisters Sven Stonies

zum stellvertretenden Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Mölln gem. § 11 Abs. 3 Brandschutzgesetz zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Nach diesem Zustimmungsbeschluss zur Wahl erfolgt die Vereidigung von Herrn Stonies durch Bürgermeister Engelmann und damit die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis (gem. § 11 Abs. 1 Brandschutzgesetz). Verbunden mit herzlichen Glückwünschen und einem Blumenstrauß in den Möllner Farben händigt der Bürgermeister Herrn Stonies die Ernennungsurkunde aus.

11. Widmung von Straßen;

hier: Straßen im Gebiet der Bebauungspläne
Nr. 75, 77,80,79 und 76 (=Mölln-Nord) wie auch im Gebiet
des Bebauungsplanes Nr. 67

Unter Hinweis auf die Vorlage des Stadtbauamtes v. 01.02.06 fasst die Stadtvertretung
folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, aufgrund der Empfehlung des Bauausschusses v. 09.02.06,
TOP 9, die Straßenzüge:

- Hermann-Bote-Straße (Teilfläche aus dem Flurstück 101/3; Flur 32) **Anlage 1 der Vorlage**
- Max-Ahrens-Weg (Flurstück 97/38 und 97/39; Flur 32) **Anlage 2 der Vorlage**
- Karl-Gatermann-Weg (Flurstück 97/84; Flur 32) **Anlage 2 der Vorlage**
- A.-Paul-Weber-Straße (Flurstück 97/113 und Teilfläche aus Flurstück 97/88; Flur 32)
Anlage 2 der Vorlage
- Meinhard-Jacoby-Weg (Teilfläche aus Flurstück 102/100; Flur 32) **Anlage 3 der Vorlage**
- Karlheinz-Goedtke-Straße (Flurstück 102/92 u. Teilfläche aus dem Flurstück 102/100; Flur 32)
Anlage 3 der Vorlage
- Sitzkrüger Moor (Flurstück 90/16; Flur 32) **Anlage 4 der Vorlage**
- Birgittenweg (Flurstücke 113/15; 113/19; 114/37 u. Teilfläche aus dem Flurstück 114/38; Flur 32)
Anlage 5 der Vorlage
- Hermann-Jacubasch-Straße (Teilfläche aus dem Flurstück 4/195; Flur 18) **Anlage 6 der Vorlage**

als **Ortsstraßen** im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziffer 3a des Straßen-und Wegegesetzes des Landes
Schleswig-Holstein (StrWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 02.04.1996 (GVObI.
Schl.-H. Seite 413), **ohne Beschränkung auf eine bestimmte Benutzungsart** für den öffentlichen
Verkehr zu widmen.

Die Fußwegverbindungen

- von der Hermann-Bote-Straße zu der Karlheinz-Goedtke-Straße (Teilfläche aus dem
Flurstück 101/3; Flurstück 102/11; Flur 32) siehe Darstellung auf Anlage 1+3 der Vorlage
- von der A.-Paul-Weber-Straße Richtung Alte Zirkuskoppel (Flurstück 97/27; Flur 32;)
siehe Darstellung auf Anlage 2 der Vorlage
sowie die im Bereich des Standortes der Fußgängerbrücke am Ende der A.-Paul-Weber-
Straße wie auch am Ende der Karlheinz-Goedtke-Straße befindlichen Flächen (Teilflächen
der Flurstücke 97/88 und 102/100; Flur 32) siehe Darstellung auf Anlage 2+3 der Vorlage

sind als Ortsstraßen im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziffer 3 a des Straßen- und Wegegesetzes des
Landes Schleswig-Holstein (StrWG), **mit der Beschränkung auf den Fußgängerverkehr** für
den öffentlichen Verkehr zu widmen ist.

Der Beschluss für den Birgittenweg und die Hermann-Jacubasch-Straße erfolgt unter dem Vorbehalt,
dass die Verkehrsaufsicht der Widmung zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

12. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mölln für das gesamte Stadtgebiet
hier: Teilversagung der Genehmigung

Unter Hinweis auf die Vorlage des Stadtbauamtes v. 10.02.06 , die von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, mit ergänzenden Erläuterungen zum gegenwärtigen Sachstand eingebracht wird, fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung beschließt, keine Klagen gegen die Teilversagung der Genehmigung des Flächennutzungsplanes zu erheben.
2. Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, die Planunterlagen entsprechend des Erlasses des Innenministeriums vom 01.02.2006 – Az.: IV 647-512.111.53.090 (Fneu) zu überarbeiten und die Erteilung der Teilgenehmigung bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter von der Beratung ausgeschlossen.

13. Behandlung der Anträge der Fraktionen
a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 10.02.06
hier: Fußgängerzone

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag mit der Bitte um Beschlussfassung vorgelegt:

- „ 1. Die Stadtvertretung beschließt, zu dem Thema *Fußgängerzone in Möllns Innenstadt noch in diesem Jahr einen Bürgerentscheid gem. § 16 g I GO durchzuführen.*
2. Die in dem Bürgerentscheid gestellte Frage lautet:
„Soll Möllns Innenstadt bis zum Jahresende 2008 eine Fußgängerzone werden?“
3. Eine in nächster Zeit durchzuführende Einwohnerversammlung gem. § 16 b GO soll unter anderem das Thema *Fußgängerzone in der Möllner Innenstadt behandeln.*

Begründung:

Die Reaktionen auf das im November 2005 vorgelegte Innenstadtkonzept (Die Möllner Innenstadt 2007 – Gut für Menschen, Wirtschaft und Tourismus) haben gezeigt, dass es in der Bevölkerung zahlreiche Befürworter eines solchen Projektes gibt. Den politischen Mehrheiten fällt jedoch eine Umsetzung offenbar schwer.

Da es bei der Einrichtung und Gestaltung einer Fußgängerzone in unserer Stadt um einen ganz wesentlichen Baustein in der wirtschaftlichen und stadtplanerischen Weiterentwicklung Möllns handelt, darf keine weitere Zeit vergeudet werden. Deswegen sollte die Stadtvertretung diese Entscheidung durch einen Bürgerentscheid an die Möllnerinnen und Möllner geben.

Praktisch alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt werden auf die eine oder andere Weise von der Entscheidung für oder gegen eine Fußgängerzone betroffen sein. Auch dies ist ein Grund für die Stadtvertretung, die Entscheidung auf die Bevölkerung zu übertragen.

Erfahrungsgemäß geht einem Bürgerentscheid eine umfangreiche Diskussion in der Bevölkerung voraus. Diese Diskussion ist ein kreativer Prozess bei dem neue Ideen und Problemlösungen erarbeitet werden können. Deshalb soll auch die Einwohnerversammlung genutzt werden, diesen Prozess zu fördern. Aus Anlass eines Bürgerentscheides setzen sich auch solche Menschen mit der gestellten politischen Frage auseinander, deren Beantwortung durch die Politiker sonst einfach an ihnen vorbeigegangen wäre. Die Durchführung eines Bürgerentscheids bietet sich also auch vor dem Hintergrund der Erarbeitung eines umfangreichen Konzepts und unter Gesichtspunkten der demokratischen Teilhabe an.“

Ratsherr Dr. von Notz und Ratsherrin Hälsig geben noch ergänzende Erläuterungen zur Begründung des vorstehenden Antrags.

Es schließt sich eine ausführlich Erörterung an.

Kurz zusammengefasst wird folgendes festgehalten:

- Es geht in der Aussprache nicht nur um die Frage eines Bürgerentscheids; auch zur möglichen *Einrichtung einer Fußgängerzone* selbst werden die Auffassungen sehr eingehend dargelegt und begründet. Verwiesen wird in der Erörterung auch auf die Grundaussagen des beschlossenen Verkehrskonzeptes.
- Im Ergebnis lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststellen, dass die Meinungen zur Einrichtung einer möglichen Fußgängerzone gespalten sind.
- Es zeigt sich auch, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit für die Ziff. 1-2 des Antrags nicht zu erreichen ist;
- Einvernehmen besteht hingegen zu Ziff. 3 des Antrags.
- Ratsherr Kühl beantragt für die CDU-Fraktion
 - Einzelabstimmung über die Ziff. 1-3 des Antrags;
 - vorgeschlagen wird darüber hinaus, ergänzend zur Einwohnerversammlung, noch mit betroffenen und interessierten Gruppierungen, Anliegern und Geschäftsleuten in einen Diskussionsprozess zum Thema „*Verkehrssituation Altstadt*“ einzutreten und ein zukunftsweisendes Konzept zu erarbeiten. Ziel soll es sein, eine möglichst breite Akzeptanz zu finden und erst danach entsprechend zu entscheiden.

Bürgermeister Engelmann verweist auf § 16 g) GO mit der Durchführungsverordnung zur GO betr. „Bürgerentscheid“; danach ist zunächst eine gründliche Vorarbeit zu leisten mit dem Ziel, aufgrund detaillierter Beratungsergebnisse zu einer Auffassung zu gelangen, worauf dann die Fragestellung für den Bürgerentscheid aufbaut. Ohne das Vorliegen dieser konkreten Ergebnisse und Argumente wird zum derzeitigen Zeitpunkt die jetzt mit dem Antrag vorgelegte Fragestellung noch für verfrüht gehalten.

- Aufgrund der Diskussionsergebnisse und der sich abzeichnenden Ablehnung zieht Ratsherr Dr. von Notz die Ziff. 1-2 seines Antrags zurück.

Nach Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung in Abänderung des vorliegenden

- Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie
- unter Berücksichtigung der von Ratsherrn Kühl vorgeschlagenen Ergänzung folgenden

Beschluss:

1. Eine in nächster Zeit durchzuführende Einwohnerversammlung gem. § 16 b GO soll unter anderem behandeln das Thema
 - *Fußgängerzone in der Möllner Innenstadt* ergänzend hierzu die Themenkomplexe
 - *Verkehrskonzepte*
 - *Verkehrssituation Altstadt,*
 (*Fußgängerzone, verkehrsberuhigte Bereiche, Schrankenlösung*)
2. Außerdem besteht die Absicht,
 - über die Einwohnerversammlung hinausgehend mit betroffenen und interessierten Gruppierungen, Anliegern und Geschäftsleuten in einen Diskussionsprozess zum Thema „*Verkehrssituation Altstadt*“ einzutreten und ein zukunftsweisendes Konzept zu erarbeiten. Ziel soll es sein, eine möglichst breite Akzeptanz zu finden und erst danach entsprechend zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

14. Anfragen und Eingaben und
15. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
Hierzu liegt nichts vor.
16. DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH

Nach kurzer Erörterung besteht Einvernehmen, in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Die nichtöffentliche Vorlage vom 08.02.06 wird von Bürgermeister Engelmann mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht. Verwiesen wird dabei auch

- auf die Beratungen und den Beschluss der Sitzung der Stadtvertretung am 15.12.05, TOP 36,

- an diverse Beratungen im Hauptausschuss sowie
- auf den jetzt vorliegenden detaillierten Beschlussvorschlag nebst Anlagen und
- auf intensive Beratungen in den Gremien der Gesellschaft im Hinblick auf den Erhalt des Krankenhauses mit einer neuen strukturellen Ausrichtung.

Bürgermeister Engelmann erläutert anhand der o.e. Vorlage nebst Anlagen im einzelnen die jetzt vorgeschlagene neue medizinische Konzeption, die am 31.01.06 von der Gesellschafterversammlung der DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg beschlossen worden ist. Die Stadtvertretung wird um endgültige Beschlussfassung gebeten.

Es folgt eine sehr ausführliche Erörterung.

Gegenstand ist dabei auch folgender im Verlauf der Diskussion von Ratsherrn Dr. von Notz im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellter Antrag:

„ Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah den Verkauf der Möllner Gesellschaftsanteile an der DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH zu prüfen und dem Hauptausschuss hierüber in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.“

Zusammenfassend gesehen werden die Meinungen der Fraktionen aus der Erörterung wie folgt festgehalten:

FDP-Fraktion:

Von Ratsherrn Ruhland kommen kritische Anmerkungen; er äußert Zweifel an der Durchsetzbarkeit des vorliegenden Konzeptes für die medizinische Versorgung verbunden mit einer neuen Nutzung der „Klinik Mölln“; es stellen sich viele Fragen, so z.B. ob es genug Ärzte gibt, die sich für das Haus interessieren sowie auch im Zusammenhang mit der Umbaufinanzierung, Der Umbau muss fremd finanziert werden; alles in allem gesehen ergeben sich für seine Fraktion viele Unwägbarkeiten, letztlich zum Nachteil für die Bevölkerung in Mölln und Umgebung – auch im Hinblick auf die Notfallversorgung. Es besteht kein Vertrauen mehr. Nach alledem wird die FDP-Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen; in Erwägung gezogen werden sollte eine Prüfung anderer Lösungsmöglichkeiten. Insofern wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherrn Dr. von Notz unterstützt die Ausführungen von Ratsherrn Ruhland; auch von seiner Fraktion wird mit kritischen Worten eine ablehnende Haltung signalisiert. Die neue Nutzung erscheint ebenfalls für ihn fraglich und es gibt auch für ihn in diesem Zusammenhang viele offene Fragen – auch bezüglich der Finanzierung.

Problematisch ist für ihn die Interessenlage innerhalb der Gesellschaft zwischen Politik und medizinischer Notwendigkeit zum Wohle der Bevölkerung. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Röpertsberg Klinik GmbH & Co ist es s.E. legitim, jetzt nach Alternativen zu suchen. Er spricht sich nachdrücklich für die Prüfung eines Verkaufs des Möllner Anteils an der Gesellschaft aus und bittet um Zustimmung zu seinem Antrag - (siehe oben).

CDU-Fraktion:

Ratsherr Kühl macht deutlich, dass es nicht der richtige Zeitpunkt ist, „auszusteigen“- die Stadt Mölln sollte Gesellschafter bleiben, um eine Einflussnahme/Beteiligung zu sichern – gerade auch über die „politische Schiene“. Gleichwohl macht auch er seine Enttäuschung im Rückblick auf die Vergangenheit deutlich und hält die derzeitige Situation nicht für glücklich. Das jetzige Konzept ist nicht das, was eigentlich gewollt war; es gab andere Vorstellungen; erinnert wird in diesem Zusammenhang auch an den Beschluss der Stadtvertretung am 16.12.1999, TOP 20. Auch in seiner Fraktion gibt es noch heute hierzu unterschiedliche Meinungen. Die gegenwärtige Situation im Krankenhauswesen ist jedoch nicht dazu angetan, andere Wege zu gehen. Im jetzt vorliegenden Vorschlag für eine neue strukturelle Ausrichtung (Ärztehaus/Notfallversorgung) wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt die einzig mögliche Chance gesehen, die medizinische Versorgung auf der Ebene, wie es jetzt vorgeschlagen wird, auszubauen und zu sichern.

SPD-Fraktion:

Ratsherr Schlegel und Ratsherr Dechow bringen zum Ausdruck dass es jetzt darum gehen sollte, wieder „ein ruhiges Fahrwasser“ zu erreichen; auch ihre Fraktion sieht in dem jetzigen Konzept eine Chance – zum Wohle der Bevölkerung in Mölln und Umgebung. Auch in schwierigen Zeiten müsse man zur Gesellschaft stehen und als Mitgesellschafter Verantwortung übernehmen. Durch das Halten von Anteilen wird nach wie vor die Möglichkeit einer Einflussnahme gesehen, um das Bestmögliche im Interesse einer medizinischen Versorgung zu erreichen. Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

FMW-Fraktion:

Auch von Ratsherrn Reis wird die jetzige Situation nicht als glücklich angesehen. Es ist leider nicht das eingetreten, was man sich ursprünglich erhofft habe. Auch die Veränderungen aufgrund der Gesundheitsreform spielen hier ein Rolle; im Interesse der Bevölkerung bleibt jedoch keine andere Möglichkeit, als den jetzt vorliegenden Vorschlag für die neue Struktur zu billigen und den aufgezeichneten Weg zu gehen.

Informiert wird im Laufe der Erörterung aufgrund einer Frage von Ratsherr Dr. von Notz darüber, ob es einen Interessenten gegeben hat für die Übernahme des Anteils Stadt Mölln. Es wird klargestellt, dass es telefonische Kontakte zu Bürgermeister Engelmann und Ratsherrn Kühl gab. Die Erörterung zeigt aber, dass es sich hierbei offensichtlich nicht um einen „ernst zu nehmenden vertrauensvollen Interessenten“ gehandelt hat. Sonst wäre es in der Zwischenzeit längst zu einer konkreten schriftlichen Anfrage bzw. Kontaktaufnahme gekommen.

Gegenstand der Erörterung ist auch die Frage nach den in Aussicht gestellten Fördermitteln in Höhe von 4,2 Mio € für die Sanierung des Möllner Krankenhauses. Bürgermeister Engelmann stellt eindeutig klar, dass diese Mittel für das jetzt vorliegende neue Konzept nicht eingesetzt werden können. Das hat das Gespräch im Ministerium am 12. Januar 2006 eindeutig ergeben. Für das Ratzeburger Haus ist jetzt aufgrund der neuen Konzeption ein Antrag gestellt worden mit der Hoffnung, dass Mittel fließen werden; ein endgültiger Zuwendungsbescheid liegt jedoch noch nicht vor.

Nach Austausch der unterschiedlichen Argumente und Klärung der Frage, in welcher Reihenfolge abzustimmen ist, wird zunächst über die Vorlage der Verwaltung v. 08.02.06 abgestimmt und wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung v. 31.01.06 in der Fassung der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„ Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah den Verkauf der Möllner Gesellschaftsanteile an der DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH zu prüfen und dem Hauptausschuss hierüber in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.“

wird mit 25 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen abgelehnt.

17. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse
Entfällt

18. Schließung der Sitzung
Mit einem Dank für die Mitarbeit in der Sitzung schließt die Bürgervorsteherin die Sitzung um 21.10 Uhr

Lieselotte Nagel
Bürgervorsteherin

Elke Spuler
Protokollführerin